

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 62.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 25. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaarte Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung.

Berlin, 24. Januar. 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths: Fürst Bismarck, von Bötticher, v. Puttkamer u. A.

Vor dem Eintritt in die Tages-Ordnung verlangt der Abg. Mayer (Württemberg) das Wort: Ich habe eine Erklärung abzugeben bezüglich einer Pariser Korrespondenz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 22. d. M. Morgens, welche einen in dem Pariser Blatt „Voltaire“ unter dem 20. d. M. erschienenen Artikel betrifft. Hiernach hat ein Herr Taperou, Redakteur der „Charente inferieure“, in der Provinzialstadt Saintes einen Vortrag über Deutschland gehalten, in welchem derselbe den angeblich von einem deutschen Reichstagsabgeordneten geschriebenen Brief vorgelesen hat, dessen Name mit einem S beginnt. In diesem dem Vortrag ganz oder theilweise eingeschalteten Brief kommen Stellen wie folgende vor: „Die Rückkehr von Elsaß-Lothringen in den Schooß des französischen Vaterlandes wird die Freudengabe der gegründeten deutschen Republik sein.“ Solche und mehrere ähnliche Stellen! Der „Voltaire“ selbst war hier nicht zu beschaffen. Nach der Behauptung der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ jedoch sagt er: „Für Jeden, der die deutsche parlamentarische Welt kennt, ist es nicht schwer, den Namen des Herrn Sonnemann zu ergänzen, des eminenten Vertreters von Frankfurt, eines der berechtigtesten Führer der deutschen Demokratie.“ Mein Freund Sonnemann hat am 22. früherer, nicht mehr abzuändernder Verabredung mit anderen gemäß, eine längere Reise angetreten. Wie ich mich vor dem hohen Präsidium auszuweisen habe, hat er mich gestern bevollmächtigt, in seinem Namen bezüglich des angeführten Briefes hier zu erklären, daß er denselben nicht geschrieben hat, weder diesen noch einen ähnlichen Brief an irgend jemand. An Herrn Taperou hat er niemals geschrieben. Ich kann noch beifügen, daß Herr Sonnemann nicht weiß, von wem dieser ihm unbekante Brief herrührt. Ich weiß es auch nicht, glaube aber, daß derselbe nach seinen Aufstellungen, wie nach den darin enthaltenen tatsächlichen Angaben nicht von einem gegenwärtigen Mitglied des Reichstags, jedenfalls nicht von einem Mitglied der Volkspartei herrührt, welche auf dem Boden der Reichsverfassung steht.

Das Haus nimmt Akt von dem Bericht der Reichsschulden-Kommission, u. A. auch über den Reichskriegsschatz, dessen produktive Verwendung der Abg. Fobme empfiehlt, aber der Präsident führt durch die Erinnerung an den Gegenstand der Verhandlung seinen Vortrag ab.

Nachdem die Zusatzakte zur Schiffsahrts-Akte für die Donaumündungen in erster und zweiter Beratung ohne Debatte genehmigt worden, tritt das Haus in die dritte Etatsberatung ein. Während des ersten Theils der nachfolgenden Rede des Abg. Hänel tritt der Reichskanzler in den Saal.

Abg. Hänel: In unserer allgemeinen politischen Lage hat der kaiserliche Erlass vom 4. d. Mts. eine entschiedene Bedeutung gewonnen. Man hat das Recht einer Erörterung desselben im Reichstage bestritten, weil er ein Erlass Sr. Majestät des Königs von Preußen und vom Fürsten Bismarck in seiner Eigenschaft als preussischer Minister-Präsident gegengezeichnet ist. Aber dieser formelle Einwand streift nur die äußerste Oberfläche; das Ende des Erlasses beschäftigt sich mit der Stellungnahme der Beamten bei den Wahlen und berührt daher die Interessen und Rechte des Reichstags, wie er denn auch ganz korrekt in den Reichslanden durch den Statthalter veröffentlicht und den Beamten der unmittelbaren Reichsbeamten mitgeteilt worden ist. Aber in unsere Rechte und Interessen greift der Erlass in jedem Fall schon dadurch ein, daß die Stellung des Königs von Preußen von dem Organismus des Reiches nicht zu trennen ist. Außerdem spricht der Erlass ausdrücklich von gesetzgebenden Körperschaften des Reiches. Was war sein praktischer Zweck? Es war ein Unklug, ich weiß nicht, ob ein beabsichtigtes, daß gleichzeitig mit dem Erlass in einer für offiziös geltenden Korrespondenz das frivole Wort hingeworfen wurde: wir müssen durch einen Konflikt hindurch. Sofort war man in gewissen Zeitungen auf der Suche nach Verfassungslücken und Bemäntelungen für alle möglichen Staatsfreiche und Verfassungskonflikte. Aber wie gering man auch in Deutschland und außerhalb von unserer konstitutionellen Entwicklung denken mag, ich weise als eine Verächtlichkeit die Behauptung der Möglichkeit zurück, daß königliche Erlasse Dinge anknüpfen, die mit der Würde des Königthums selbst und den Rechten der Nation nicht in Einklang stehen. Aber ebenso wenig darf man die praktische Veranlassung und Bedeutung des Erlasses darin finden, daß es gelte, jetzt die Rechte der Monarchie in Deutschland oder in Preußen gegen Angriffe und Einbrüche der Parlamente zu schützen. Wahrscheinlich, es sind das Kindermärchen, es sind Winckelzüge, um andere Befreiungen darunter zu entdecken. (Aufstimmung links.) Denn gerade jetzt sind die Parlamente in Preußen und im Reich in einer schweren Defensive gegen Angriffe der Regierung begriffen. Vielmehr liegt die praktische Veranlassung und Bedeutung des Erlasses in jenen Verhandlungen des Reichstags selbst, in denen zu unserem höchsten Erstaunen plötzlich in einer bisher nicht gewohnten Weise die Person des Monarchen in die Debatten hineingezogen und damit der Anschein erweckt wurde, als ob man die Verantwortlichkeit der höchsten Staatsbeamten fernerhin durch die unverantwortliche Person des Königs decken wollte. Der preussische Minister des Innern sprach hier den königlichen Dank an Beamte aus für Wahlbeeinflussungen, die nicht für berechtigt halten, wodurch in der That die Person des Königs in die leidenschaftliche Debatte, in die der Wahlbewegung L. gezogen wurde. Der Erlass soll dieses ungewohnte Verfahren billigen und ihm den Schein der Endgiltigkeit geben. Bei aller Ehrerbietung, die jeder von uns einem kaiserlichen Erlass schuldig ist, beklage ich eine solche Deutung desselben, nicht um Rechte des Reichstags oder des Abgeordnetenhauses hier zu bedenken, sondern um Interesse der wahren Stellung, der wahren Macht und der höchsten Würde des Königthums selbst (Beifall links) und weil ich in dem Erlass für das Verfahren, welches er befehlen soll, eine verfassungsmäßige Rechtfertigung nicht finde. Die ersten Sätze des Erlasses sind unzweifelhaft richtig und es hat sie Niemand bezweifelt oder bestritten. Aber sie waren schon richtig in der absoluten Monarchie und können daher im konstitutionellen Staatsleben nur Geltung haben in dem bestimmten Zusammenhang und in der Ergänzung der Bestimmungen der Verfassung, wonach jeder königliche Willensakt, obgleich er von der Person des Königs, wie der Erlass ausgeht, doch nur eine staatsrechtliche Bedeutung

und Giltigkeit hat, wenn er die Mitwirkung der Minister, hier des Reichskanzlers und seiner Vertreter gefunden hat und zwar eine verantwortliche, d. h. eine eigene und selbständige vor der Volksvertretung. Es widerspricht also der Verfassung, wenn man die Person des Königs in die Verhandlungen zieht und die Minister des Königs Deckung suchen in Bezug auf die Vertretung der Regierungsmassregeln durch Berufung auf den Willen des unverantwortlichen Königs. Denn wie man sich auch in Protesten in dieser Beziehung bewegen kann, dem politischen Erfolg nach würde dies nichts Anderes bedeuten, als daß man den König verantwortlich macht, soweit dies in parlamentarischen Formen möglich ist und daß man die Verantwortlichkeit, die verfassungsmäßig von Seiten der Minister gewährt werden muß, eliminiert oder abschwächt durch die unverantwortliche Stellung des Königs. (Sehr wahr! links.) Sie mögen sagen, daß das Schranken des Königthums sind, daß Ihnen diese Beschränkungen nicht gefallen, dann gefällt Ihnen eben das Wesen der konstitutionellen Monarchie nicht. (Sehr richtig! links.) Damit sind nicht nur Schranken für das Königthum, sondern zugleich auch für die gesammte politische Diskussion und vor allen Dingen für die parlamentarischen Rechte der Volksvertretung geschaffen, welche unter Umständen ihre Pflicht dadurch erfüllt, daß sie eine Maßregel der Regierung unter Umständen der schärfsten Verurtheilung unterzieht und ihr geradezu nachsagt, daß sie das Recht, das Interesse des Vaterlandes mit Füßen tritt. In diesen ungeheuren Komplex der Diskussion will man die Person des Königs hineinziehen und die Schranken einreißten, die seine heiligste Person von den leidenschaftlichen Erörterungen der Parteien im Parlament und der diskutirenden Bevölkerung scheidet. Das ist unmöglich oder es führt zu einer Krise, in der das Königthum oder unsere Verfassung zu Grunde gehen muß. (Sehr wahr! links.) Aber die Verfassung hat auch der Machtstellung der Minister Schranken gezogen. Es klingt freilich sehr ritterlich und steht über von Königs-treue, wenn wir von einem Minister sagen hören: ich bin nichts als der treue Diener meines Herrn, seine Gedanken sind meine Gedanken, sein Wille ist mein Wille! Ist es der König oder der Minister, der durch diese Art des Bekenntnisses seine Machtstellung erhöht auf Kosten des anderen? Ich kann nicht finden, daß es der König ist, der da gewinnt. (Sehr wahr! links.) Wenn aber ein Minister sagt: wie viel von den einzelnen Regierungssakten auf die Initiative des Königs, wie viel auf meine eigene fällt, das ist ein Internum zwischen dem Könige und mir, ihr habt nur die Regierungsmassregeln als solche zu prüfen, euch muß es genügen, wenn ich sage, ich vertrete es! — diese Stellung entspricht mehr der schönen Devise: dem Könige jeder Ruhm, dem Minister jede Gefahr! (Sehr wahr! links.) Freilich können Sie mir erwidern, diese Eliminierung der Person des Königs aus der politischen Diskussion ist doch zugleich eine Zurückdrängung des Königs, diese Deckung des Königs durch den verantwortlichen Minister ist zugleich eine Verbedung der persönlichen Staatsleitung und des Königs. Ich aber sage das Gegentheil: das gerade ist eine Zurückdrängung desselben, wenn Sie die Person des Königs mit einer Regierungsmassregel, die er allerdings gewollt, mit einem System, das er allerdings gebilligt hat, in eine unlösliche und seiner wahren Machtstellung präjudizierende Verbindung bringen. (Sehr wahr! links.) Nein, das ist die außerordentliche Stellung des Königs, daß er jede Maßregel, die er billigt, nur unter dem Vorbehalt ergreift, daß er jederzeit des Besseren belehrt werden kann. Eine solche Machtstellung des Königs erhebt ihn über alle Parteien, stellt ihm die politischen Kräfte der gesammten Nation, die auf dem Boden der Verfassung stehen, zu Gebote und giebt ihm das Recht, mit jeder Regierungsmassregel, die er einmal ergriffen hat, zu wechseln, jedes System und Ministerium mit einem anderen zu vertauschen. Hierin steht das Königthum über den Parteien, hat es seinen wahren Werth und seine wahre Würde. Es ist aber unmöglich, diesen Vorzug des Königthums auf irgend einen, auch auf den höchsten Staatsmann zu übertragen. Dem Staatsmann vom höchsten Verdienste, welcher heute diese Maßregel oder politische System vertritt, morgen das Entgegengesetzte als das allein Richtige behauptet, muß schließlich die Leitung der Parteien und der Nation aus der Hand gleiten und das frühere Vertrauen steht ihm nicht mehr zur Seite. (Sehr wahr! links.) Dem gegenüber kann das Königthum ohne jede Beeinträchtigung seiner Würde und seines Vertrauens jede Maßregel, jedes System, jede Person lediglich betrachten unter dem höchsten Gesichtspunkt nach der Wohlfahrt und des Vaterlandes. Wenn in kritischen Zeiten sich das Königthum persönlich mit irgend einem Ministerium, irgend einem System verquickt zu haben scheint, die politischen zur Mitwirkung berufenen Kräfte zurückgestoßen werden, sich die freundliche Zustimmung der Nation nicht mehr behauptet, dann ist es am König, das erlösende Wort auszusprechen, welches von deutschen Königen dahin formuliert ist: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke!“ (Bravo! links.) Dann ändern sich die Systeme, flüchten die Minister, nur das Königthum bleibt erhaben über jede Parteiung und findet die wahren Wurzeln in der Liebe und Anhänglichkeit seines Volkes. (Bravo! links.) Der königliche Erlass hat keinen andern praktischen Zweck, als die Hineinziehung der Person des Königs in die politische Verhandlung zu rechtfertigen, wenn man die Verantwortlichkeit der Minister mit der Person des Königs deckt. Ich kann im Erlass, dessen Inhalt in gewissem Sinne vollkommen richtig ist, nicht die dem Königthum gebührende Stellung finden. — Der zweite Theil des Erlasses, welcher die Stellung der Beamten in Bezug auf die Wahlen behandelt, stellt einer Kritik erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Die scharfen marfanen Sätze des ersten Theils fehlen im zweiten, der sich durch eine gewisse gleichende Wortfügung auszeichnet, so daß ich glaube, daß zwei verschiedene Väter daran gearbeitet haben. (Geister! links.) Dieser Erlass steht zu denjenigen Erklärungen, welche der Herr Reichskanzler hier bei Gelegenheit des Antrags Mendel abgab, im diametralen Gegensatz. Versteht der Erlass unter denjenigen Beamten, „welche mit der Ausführung meiner Regierungssakten betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz entbunden werden können“, nur diejenigen, welche ohne ein Disziplinarverfahren eintretenden Falls in den Rubensstand versetzt werden können, oder ist mit dieser allgemeinen Fassung mehr begreifen, als die genannte Beamtenkategorie? Es heißt sodann in dem Erlass, daß diese politischen Beamten eine durch den Dienst beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik meiner Regierung bei den Wahlen haben. Was heißt das: Vertretung bei den Wahlen? Welche Grenze giebt es da? Endlich da, wo der Erlass auf alle Beamte kommt, da heißt es: „Daß sich dieselben alle auf ihren Eid der Treue hier von jeder Agitation gegen meine Regierung fern zu halten haben.“ Was heißt Agitation? Das ist ein verschwommenes, durchaus unklares Wort. Ich

werde darum zunächst die Erläuterungen der Regierung abwarten; erst dann ist man im Stande diesen Theil des Erlasses in seinem wahren Werthe klar zu stellen. Die Sätze, die wir über die Stellung der Regierung in der Wahlbewegung formuliert haben, zeichnen sich durch etwas mehr Klarheit aus. Wir sagen an erster Stelle, daß kein Beamter das Recht hat, irgend welchen Einfluß mit amtlichen Mitteln oder mit seiner amtlichen Stellung auf einen bestimmten Ausfall der Wahlen auszuüben. (Sehr richtig! links.) Wir behaupten, daß jede derartige Beeinflussung im Widerspruch steht mit der gesetzlich garantierten Freiheit der Wahlen. (Sehr richtig! links.) Wir behaupten an zweiter Stelle, daß diejenigen Anforderungen, die bei den Wahlen an die Beamten gestellt werden, im Einklang stehen müssen, mit den den Beamten verfassungsmäßig zustehenden Rechten des aktiven und passiven Wahlrechts. Die Beamten aber schlechthin von jeder Wahlagitator in der verschwimmenden Bedeutung dieses Worts fern zu halten, ist unmöglich. Es kann ja beispielsweise kein Beamter ein passives Wahlrecht ausüben, wenn er nicht öffentlich sein politisches Programm entwickeln kann. (Sehr wahr! links.) Gewisse Grenzen giebt es allerdings für die Beamten in Bezug auf die Wahlagitator. Wir haben das auch stets zugestanden. Diese Grenzen werden gezogen durch diejenigen Pflichten, die das Amt unmittelbar dem Beamten auferlegt. Es ist selbstverständlich, daß bei der Richtung und Form der Agitation der Beamte es stets im Auge behalten muß, sich das Vertrauen von oben und unten zu wahren. Aber diese Grenzen lassen sich nicht im Allgemeinen ziehen, sie sind verschieden nach dem konkreten Inhalt der Dienstpflichten und des Amtes. Niemand von Ihnen wird die Illusion theilen, als ob die Wirkung dieses königlichen Erlasses an die Beamten in Bezug auf die Wahlen eingeeignet werden könnte durch irgend welchen Wortlaut desselben oder durch irgend eine Erläuterung oder einen Protest. Nein, dieser Erlass wird in Preußen überall aufgefaßt, als eine Aufforderung an alle strebsamen Beamten, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den künftigen Wahlen einen regierungsfreundlichen Charakter aufzudrücken. (Sehr wahr! links.) Dieser Erlass wird für solche Beamten, die sich nicht an staatsbürgerlichem Muth hervorhoben, als ein Abschreckungsmittel im Gebrauche ihrer staatsbürgerlichen Rechte wirken, wenn sie ihre Ueberzeugung nicht auf die Seite der Regierung hinstellt. Ich werde mich in dieser Auffassung durch keinerlei Proteste beirren lassen. Denn mögen Sie in abstracto davon denken, was Sie wollen, wir haben in Preußen die entscheidenden Erfahrungen. Es ist nicht der erste Erlass, der zu dem Zwecke erlassen worden wäre. Wir haben ganz das Nämliche erlebt zu den Zeiten des Ministeriums von Westphalen und des Konfisks. Im Jahre 1863 erging auch Kraft königlicher Ermächtigung ein derartiger Erlass an die königlichen Beamten, gegenzeichnet vom Minister Grafen Eulenburg, dessen Hauptpassus lautet: „Wer als Beamter geschworen hat, dem König, seinem allernächsten Herrn, unterthänig, treu und gehorham zu sein, ist des Eides weber als Wähler noch als Gewählter entbunden und wenn Se. Majestät einen bestimmten verfassungsmäßigen Weg vorgezeichnet, auf welchem ihn seine Beamten begleiten sollen, so sind alle zum Gehorsam verpflichtet; diejenigen aber, welche des Königs Gnade aus besonderem Vertrauen zu einer Stellung von besonderer politischer Bedeutung berufen hat, sind noch außerdem zur thatkräftigen Unterstützung der königlichen Staatsregierung verpflichtet.“ In diesem Erlasse ist vielleicht eine schärfere Tonart angeschlagen, die Melodie ist aber dieselbe. (Sehr richtig! links.) Ueber die Wirkung dieses Erlasses giebt es eine belehrende Geschichte. Damals existierte im Kreise Demmin ein Landrath, der auf Grund dieses Konfisks allen seinen Beamten bekannt machte, daß sie kraft ihrer Konfiskstreue verpflichtet seien, sich jeder Stimmenabgabe auf die Kandidaten der damaligen Opposition zu enthalten; er sagte, wer für diese Oppositionskandidaten stimme, unfehlbar der Disziplinaruntersuchung unterliegen werde. Die Kandidaten in dem damaligen Kreise Demmin waren neben zwei Fortschrittsleuten der Graf Schwerin, ein ehemaliger Minister des Königs. Es geschah nun trotz der vorhergehenden Verwarnung dieses Landraths, daß einige Gemeindebeamten für diese Kandidaten und unter Anderen auch für den Grafen Schwerin stimmten und als dies geschehen war, da verfügte sofort dieser Landrath die Disziplinaruntersuchung mit der Androhung auf Entsetzung dieser Gemeindebeamten von ihrem Amte. (Hört, hört! links.) Dieses Verfahren wurde allerdings damals vom Grafen Eulenburg desavouirt; aber die Aufmerksamkeit der entscheidenden Kreise war auf diesen talentvollen Beamten gerichtet (Geister! links) und er hat eine außerordentliche Karriere gemacht und der damalige Landrath von Demmin ist jetzt der preussische Minister des Innern. (Geister! links.) Glauben Sie nicht, daß dieses Beispiel, welches damals in der Interpretation von Ministerialerlassen gegeben worden ist, eine sehr strebame Nachahmung finden wird bei Beherrschung dieses Erlasses? (Sehr richtig! links.) Dieser Erlass wird jetzt wieder dazu Veranlassung geben, daß man durch das Mittel dieser Beamtenagitator die Königsstreue zum Motto des Wahlschlampes macht und damit wieder die Person des Königs in die Leidenschaften der Wahlagitator hineinzieht. Ich kann den königlichen Erlass wie in seinem ersten, so auch im zweiten Theile nicht für gerechtfertigt halten. In derartigen Rundgebungen erblicke ich eher eine Gefahr als eine Förderung der königlichen und kaiserlichen Stellung in Preußen und in Deutschland. Diejenigen, welche verantwortlich dafür sind, haben um so schwerer an dieser Verantwortlichkeit zu tragen, als sie wissen müssen, daß der absolutistischen glorieichen Traditionen der Dynastie Hohenzollern nicht überall in Deutschland die gleiche Wirkung haben. Die Liebe, Treue und Anhänglichkeit an das deutsche Kaiserthum und preussische Königthum ist in Deutschland und den neuen Provinzen Preußens identisch mit der Liebe und Anhänglichkeit an die konstitutionelle Verfassung dieser Länder! (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Der Herr Vordrucker ist, wie ich höre, im Anfang seiner Rede zweifelhaft gewesen über seine Legitimation, hier im Reichstage einen Erlass des Königs von Preußen, an seine Minister gerichtet, zu besprechen. Ich muß ihm überlassen, sich mit seiner Legitimation als Reichstagsabgeordneter abzufinden. Ich bestreite sie nicht. Die meiste ist ganz zweifellos. Wenn ich hier als Reichskanzler und nur als solcher existierte, so wäre ich vielleicht zweifelhaft, ach ich muß da eine Fiktion — der Verfassung gegenüber ist es eine Fiktion — beibringen: der Reichskanzler, so oft er hier genannt wird, ist eigentlich hier gar nicht anwesend. Nach Artikel 9 der Verfassung haben die Mitglieder des Bundesraths und nur diese resp. die vom Bundesrath ernannten Kommissarien das Recht, hier zu erscheinen und jederzeit gehört zu werden, um die Ansichten ihrer Regierung — so

Recht es in der Verfassung — zu vertreten. Ich bin also vollständig berechtigt, wenn ich die Ansicht meiner Regierung über den von mir kontrahierten und verantwortlich vertretenen Erlaß hier nach Art. 9 der Verfassung vertritt. Nach Art. 6 der Verfassung werden die Mitglieder des Bundesraths, die also allein berechtigt sind, hier zu erscheinen, von den „Bundesgliedern“ ernannt, der Reichskanzler aber wird von Sr. Majestät dem Kaiser ernannt und der Kaiser gehört nicht zu den bei der Eintheilung der Ernennung der Bundesrathsglieder aufgeführten Bundesgliedern. Der Kaiser als solcher ist im Bundesrath nicht stimmungsfähig vertreten. Der Reichskanzler hat den Vorbehalt, aber wenn es Sr. Majestät der Kaiser nicht für gut findet, einen der preussischen Bevollmächtigten im Bundesrath zum Reichskanzler zu ernennen, weil vielleicht keiner derselben ihm dazu geeignet erscheint, dann ist es sehr fraglich, ob der Reichskanzler hier das Vergnügen haben kann, wenn es eines ist, vor Ihnen zu reden. Ich bin also hier und spreche hier in meiner Eigenschaft als königlich preussischer Bevollmächtigter. Als solcher ist meine Legitimation nicht zweifelhaft; im Gegentheil, ich ergreife mit Vergnügen die Gelegenheit, die Ansichten meiner Regierung hier auszusprechen. Ich würde nicht den Muth gehabt haben, meinerseits hier die Initiative dazu zu ergreifen; nachdem sie aber ergriffen ist, so bin ich dafür dankbar. Der Erlaß hat in seiner Weise den Zweck, neues Recht zu schaffen, steht auch in keiner Verbindung mit irgend welchen Ansprüchen auf Konflikt. Wenn der Vorredner von dem hochseligen Könige von Baiern sprach, der Frieden mit seinem Volke haben wollte, so hat den der jetzt regierende König von Preußen im vollsten Maße. (Beifall rechts.) Er hat nur mit einigen Fraktionen des Landtags nicht den vollen Frieden, wie er es wünschte, aber doch auch keinen Konflikt, und einen Konflikt — meine Herren, das sind fromme Wünsche — einen Konflikt, den werden Sie nicht haben. (Heiterkeit rechts.) Und wenn der Vorredner das an Wiener Blätter — und an was für Wiener Blätter! — an solche, die in französischem Solde stehen — anknüpft, so sollte man solche Autoritäten in diesen Räumen doch überhaupt nicht citiren; gegen den Konflikt übernehme ich die Garantie. Ja, auch selbst wenn er von anderer Seite gesucht werden sollte — Sie werden ihn nicht finden! Aber wenn der Erlaß neues Recht schaffen wollte, so hat er den Zweck, wie aus seinem Inhalt zu hervorgeht, die Verbundlung des bestehenden Rechtes zu verhindern, die konstitutionellen Legenden zu bekämpfen, welche sich wie wunderliche Schlingpflanzen an den ganz klaren Wortlaut der preussischen Verfassungsurkunde legen, als ob es noch andere Rechtsquellen für uns gäbe außer dem preussischen geschriebenen Rechte, als ob die zufällig in anderen Ländern bestehenden Traditionen oder Verfassungen auf irgend welche Gültigkeit bei uns in Preußen Anspruch hätten. Das Ergebnis dieser Legendenbildung, die wir ja im vollsten Umfange in wunderlicher Ueppigkeit in der Rede des Herrn Vorredners hier vor uns haben entstehen sehen, geht in der letzten Konsequenz dahin, daß eben in Preußen der König zwar regiere im Sinne des französischen regner — wir nach richtigen preussischen Traditionen unerschieden beides nicht — aber nicht regiere im Sinne des französischen gouverner, sondern daß die aktive Betätigung der Regierungsgewalt in den Händen einer ministeriellen Regierung wäre, die neben dem König steht und, wenn sie ganz korrekt und in Ordnung ist nach dem Sinne des Vorredners, getragen wird von der Unhoheit eines oder beider Körper des preussischen Landtags. Wie man sich französischen Begriffen eine solche Regierung denkt, finde ich in dem ausgezeichneten Werke von Taine über l'origine de la France contemporaine gesagt, nach welchem der König der Girondins „serait une espèce de président honoraire de la république, auquel ils donneraient un conseil exécutif nommé par l'assemblée, c'est-à-dire par eux-mêmes.“ Das ist ungefähr das konstitutionelle Ideal der ministeriellen Regierung, die dem selbstregierenden König von Preußen gegenüber gestellt werden könnte und die dann allerdings, gestützt auf eine sichere und wohlbesetzte Majorität sehr wohl im Stande wäre das Ideal zu realisiren, was beispielsweise der Abg. Mommsen in seinen Wahlreden als ein Schreckbild bezeichnete, nämlich den ministeriellen Absolutismus, neben welchem unser Königthum verschwinden würde zu der Rolle schattenhafter Erb Könige, die, wenn man einen neuen Minister braucht, aus den Kuffen vorgeführt werden und unterdrücken und dann wieder verschwinden, nachdem sie auf diese Weise der Opposition ein neues Ziel zur Bekämpfung, eine neue Festung zur Belagerung, ein neues Ministerium angewiesen haben. Also diese konstitutionelle Hausmeierei, die der Abg. Mommsen mit einer für einen so angelegenen Geschichtsschreiber ungewöhnlichen Feindschaft gegen die Wahrheit mir vorwirft — ich kann nur annehmen, daß die Vertiefung in die Zeiten, die zweitausend Jahre hinter uns liegen, diesem ausgezeichneten Gelehrten den Blick für die sonnenbeschienenen Gegenwart vollständig getrübt hat — sonst hätte er unmöglich in Reden, die er gehalten hat, mir Schuld geben können, daß die „Reaktivierung des absoluten Regiments“ erstrebt werde.“ Es ist wirklich eine nationale Beschämung für mich, wenn ich einen so ausgezeichneten Gelehrten, der unseren Ruhm dem Ausland gegenüber als Historiker vertreten soll, bezüglich der Gegenwart so reden höre. Also dieses Ministerregiment, diese Kanzlerdikatur ist etwas, was gerade dann möglich wird, wenn Sie überhaupt das Ministerregiment an die Stelle des königlichen Regiments setzen, wenn es Ihnen gelingt — es wird Ihnen aber nicht gelingen, denn die preussische Verfassungsurkunde weiß davon nichts. Es ist dies eine Urkunde, die, fürchte ich, viel zu wenig gelesen wird, viele Leute haben sie auf ihrem Tisch liegen, sehen sie aber niemals an. Ich will nur den Titel von dem Könige lesen, von den Ministern ist nur ganz kurz in der Verfassung die Rede, wo gesagt wird, daß sie verantwortlich sein sollen, und wie sie angefaßt werden sollen, wenn sie das Mißfallen der Majoritäten sich zugezogen haben. Es heißt in Tit. 3 vom Könige Art. 43: „Die Person des Königs ist unverleth.“ Nun, das ist Gott sei Dank in Preußen immer gewesen und es hat außer einigen Verbrechern, die dem Strafgesetz verfallen, noch Niemand es über sich gebracht, die Person des Königs zu berühren, zu schädigen, kurz seine Unverlethlichkeit zu mißachten. Zu derselben rechne ich auch, daß das königliche Ansehen, die königliche Würde, die Ehre des Königs in Worten geschont wird, überall, wo der König erwähnt wird. Dieser Paragraph sagt meines Erachtens: in allen Diskussionen, wo vom Könige die Rede ist, soll vom Könige nicht anders als in Ehrerbietung gesprochen werden und nicht in so unehrerbietiger Weise, wie es hier in diesem Jahre vorgekommen ist. (Widerpruch links.) Ja, ich meine die Rede des Abg. Dr. Wilmow. (Beifall rechts.) Die Minister des Königs sind verantwortlich. Nun gut! Gewiß sind wir das, und ich schreie vor dieser Verantwortlichkeit nicht zurück. Mein Name steht auch unter diesem Erlaß, und ich bin, obgleich im Krankenzustand, heute erschienen, weil mein Name darunter steht. Die Minister sind verantwortlich; ich kann mich verantwortlich machen für meine eigenen Handlungen und kann mich verantwortlich gemacht haben durch eine Bürgschaft, die ich übernehme für Handlungen eines Anderen, und ich habe mich verantwortlich gemacht auch für alle Handlungen meines Königs, die ich gegenzeichne, und auch für die, welche ich nicht gegenzeichne, werde ich am letzten Ort die Verantwortlichkeit gern übernehmen. (Beifall.) Das ändert also gar nichts am Königsrecht; die Regierungsakte, welche zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung bedürfen, sie bleiben doch Regierungsakte des Königs. Sie werden ja als solche hier in der Verfassung ausdrücklich bezeichnet: „Regierungsakte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung.“ Sind sie gegenzeichnet, so werden sie dadurch etwa „ministerielle“ Akte? Ist der König dabei Nebenache und der Minister die Hauptsache? Die ministerielle Unterschrift, die tief unten in der Ecke steht? Ja, wie Sie das mit der weitgetriebenen Verehrung, die der Vorredner für die königliche Stellung hat, zusammenbringen wollen, daß Sie den Hauptaccent von den beiden Unterschriften, die untereinander stehen, wie unter diesem Erlaß, auf die Minister Unterschrift legen, verstehe ich nicht. Es ist ganz erklärlich, wenn man sich denkt, daß in Ihrer Verehrung der König so hoch steht und noch höher bis in die Volksee

hinein, wo ihn kein Mensch mehr merkt und kein Mensch mehr spürt. Vor lauter Verehrung, nicht aus Herrschsucht stellen Sie ihn so hoch, nein, aus lauter Verehrung für das Königthum, so daß er zuletzt wie früher der geistliche Kaiser in Japan alle Jahre einmal an einem hohen Festtage gezeigt wird von unten, auf einem Gitter gehend, so daß man nur seine Sohlen sehen kann. Auf diese Weise wird jedenfalls eine konstitutionelle Hausmeierei ausgebildet, noch mehr als sie bei den Karolingern mit ihren Schattenkönigen bestand; bei uns aber regiert der König selbst; die Minister redigiren wohl, was der König befohlen hat, aber sie regieren nicht. „Dem König allein“, sagt die Verfassung, „steht die vollziehende Gewalt zu“, — von den Ministern ist gar nicht die Rede. „Der König befehlet alle Stellen in allen Zweigen des Staatsdienstes“, — auch da ist von den Ministern nicht die Rede. „Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt.“ Ja, das preussische Volk hat die beiden Kammern acceptirt, so daß die früher dem König allein zustehende gesetzgebende Gewalt getheilt wurde; der König hat den Kammern zwei Drittel der Legislative abgetreten, das ist bei uns geschriebenes Recht; aber wenn dieses letzte Drittel noch auf ein Ministerium, das der König ernennen kann, etwa wie ich früher einen Justiziar ernennen konnte, und auch unter Umständen einen Pfarrer ernennen kann; — ist er aber einmal ernannt, steht er mir gegenüber unabsehbar, und unabsehbar ist ein Minister, wenn er eine starke Majorität in einer Kammer oder gar in beiden Kammern oder im Reichstag hat, und diese Majorität befriedigt mit Rechten und Konzessionen, die er dem König abgewinnt. Ein solcher Minister kann sich dem König gegenüber genau in der Lage befinden, wie ein Pfarrer, den ich vocirt habe, und der mir, nachdem ich ihn vocirt habe, das Leben so sauer wie möglich macht. Die Verfassung sagt: „Die Uebereinstimmung des Königs und der beiden Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich.“ Dem Könige, sowie jeder Kammer steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. Gesetze, die vom König einmal verworfen worden sind, können nicht wieder eingebracht werden.“ Der Minister ist also ein in der Verfassung kaum genannter Lückenbüßer; ob das nun in die konstitutionelle Theorie paßt oder nicht, ist mir vollständig gleichgültig; es steht das in der preussischen Verfassung, und ich kenne kein anderes Grundgesetz, nach dem in Preußen zu regieren und zu leben ist; Sr. Majestät der König von Preußen hat aber den Eindruck gehabt, daß diese Seine zweifellosen verfassungsmäßigen Berechtigungen einigermaßen verkannt zu werden anfangen, namentlich auch aus den letzten Diskussionen hier, und Er hat das Bedürfnis gehabt, das geltende Verfassungsrecht so, wie wir alle es beschworen haben, auch der König, neu in Erinnerung zu bringen in seiner ganzen nüchternen Nacktheit, frei von den Zuthaten legendärer Gebilde, die der Herr Vorredner uns vorgetragen hat, und daran ändert weder die Unerschlichkeit, noch die Verantwortlichkeit das Geringste. Die preussischen Traditionen entsprechen auch vollständig den Bestimmungen der Verfassung. Es ist von den preussischen Königen ihre Stellung niemals in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Rechte, sondern in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Pflichten aufgefaßt worden. Unsere Könige bis zu dem Kurfürsten zurück haben nie geglaubt, daß sie fruges consumere nati wären und zu ihrem Vergnügen an der Spitze des Staates ständen, sondern sie haben das streng dienstliche Gefühl der Regentspflicht gehabt, wie Friedrich der Große es in seinem Auspruch betheiligte, daß er sich selbst für den ersten Diener des preussischen Staates erklärte. Diese Tradition ist in unseren Regenten, wie wir ja alle wissen, — ich erzähle ja nichts Neues; wir wissen, wie unser jetziger Herrscher lebt und seine Zeit ausfüllt vom Morgen bis zum Abend. Das ist in dem Maße lebendig, daß in der That bei uns in Preußen innerhalb des Ministeriums der König befehlet und die Minister gehorchen, so lange sie glauben, die Verantwortlichkeit tragen zu können. Könnten sie das nicht mehr, so ist der Wechsel eines Ministers so sehr schwierig nicht: wir haben ja von Politikern jeder Art sehr reichliche Auswahl auf Lager (Heiterkeit) und der König, wenn er nicht ganz etwas Eigenthümliches will, würde für alles, was seine gegenwärtigen Minister nicht kontrahiren wollen, leicht andere Minister finden, welche bereit sind, die Verantwortung dafür zu tragen. Es wird uns aber nichts Eigenthümliches ankommen, sondern in den tiefen Geleisen, die die Politik Preußens im deutschen Reiche allein geben kann, bestimmt Sr. Majestät der König im Prinzip, Er bestimmt, was geschehen soll, wie die preussischen Vertreter am Bundesrath danach instruiert werden sollen, bestimmt, daß danach die Vorlagen im Landtag und im Reichstag gemacht werden sollen, nach der eigenen Ueberzeugung, und die Ausarbeitung, das Formale in der Sache, ist Sache der Minister. Nun können ja Minister abweichender Meinung sein, dann findet ein Kompromiß statt. Wie ich schon früher sagte, das konstitutionelle Leben besteht aus Kompromissen, und ein König, der einen Minister nicht ohne Weiteres entlassen will, konzedirt ihm wohl etwas, was er eigentlich lieber nicht gewollt hätte. Noch häufiger aber kommt es vor, daß die Minister für eine Arbeit oder eine Schrift, die ihrer Meinung nach richtig war, die königliche Zustimmung nicht gewinnen können und sich dann fragen müssen: soll ich nun die ganze Sache fallen lassen? Soll ich sie zu einer Kabinettsfrage machen, zurücktreten, oder es für das Vaterland und für den Dienst nützlicher finden, dem königlichen Willen Konzessionen zu machen? Der königliche Wille ist und bleibt der allein entscheidende. Der wirkliche faktische Ministerpräsident in Preußen ist und bleibt Sr. Majestät der König. Ich, der vor Ihnen steht, habe meinen Kollegen gar nichts zu befehlen, ich habe sie nur zu bitten und ihnen Briefe zu schreiben, die sie nicht immer überlegen; das ist sehr angreifend, und ich thue es deshalb nicht immer, sondern wenn ich glaube, daß etwas geschehen muß, und ich kann es nicht durchsetzen, dann wende ich mich an den wirklichen Ministerpräsidenten, an Sr. Majestät den König; finde ich da keinen Anlaß, so lasse ich die Sache fallen; finde ich ihn, so kommt ein königlicher Befehl, es so und so zu machen, und dann geschieht es, oder es folgt eine Kabinettsstills, die sich dann ruhig vollzieht. Diese Regentpflicht, die Freude an der Arbeit, wenn überhaupt eine Freude bei dem Regieren ist, wird nun von dem Könige von Preußen innerhalb der Schranken, welche die Verfassung gezogen hat, mit derselben Hingebung gelebt und erfordert vielleicht noch größere Arbeit, weil die Schranken die Bewegung erschweren und der Raum, auf dem man sich bewegt, ein viel engerer ist. Die Könige von Preußen waren im Vollbesitz der Macht, der gesetzgebenden wie jeder anderen, zu der Zeit, wo die Verfassung erlassen wurde. Die Herren, die mit mir, es werden wenige sein, in den Jahren 1849, 50 und 51 an der Verfassung gearbeitet haben, und die noch parlamentarisch thätig sind, die mit mir 1851 die Verfassung beschworen haben, wissen, wie fern uns damals die konstitutionelle Theorie der Majoritätsregierungen lag und wie fast die Vorbehalte waren, die der hochselige König bei der Beedigung machte über die „Möglichkeit“, mit dieser Verfassung zu regieren. Es waren, wenn Sie es vom Gesichtspunkte des contrat social betrachten wollen, wie dieser Vertrag geschlossen wurde, die Ansprüche der parlamentarischen Einsprüche hinter dem heute vom Herrn Abg. Dr. Hänel uns skizzirten Ideal damals noch sehr weit zurück. Das es so in Preußen ist, ist doch ein großes Glück. Bedenken Sie mal, wenn es anders wäre, dann wären wir ja garnicht hier, ich hätte ja garnicht den Vorzug, zu Ihnen hier in diesem Saale zu reden, wir hätten ja gar keinen deutschen Reichstag. Nehmen Sie mal an, daß von 1860 an Sr. Majestät, unser konstitutioneller König, die Konstitution nach den Hänel'schen Grundrissen ausgelegt hätte und bis zur Entlassung der Minister die ministerielle Politik, also beispielsweise die auswärtige Politik meiner beiden Vorgänger zur Ausführung gebracht, sich ihr gefügt hätte, und daß Sr. Majestät die Minister so gewählt hätte, wie die Majorität der Kammer, des Landtags es damals angeeignet erscheinen ließ, daß also der König seine Politik der Majoritätspolitik untergeordnet, die Hänel'sche Legende ins praktische Leben geführt hätte, dann hätten wir zunächst keine reorganisirte Armee gehabt, das ist doch klar (Sehr wahr! rechts), denn die Herren im

Parlament verstanden die politischen Möglichkeiten in Europa so wenig, daß sie sich darüber nicht klar waren, daß, wenn man die deutsche Einheit wollte, das Erste, was man dazu brauchte, eine starke preussische Armee war und die Unterschrift des Königs von Preußen. (Sehr richtig! rechts.) Statt dessen wurde dieser König von Preußen in seinem Versuch, diese Armee so stark zu bilden, daß er die deutsche Einheit nicht nur herstellte, sondern auch nachher in den zweifellos ferner zu führenden Kriegen weiter vertreten konnte, aufs Aeußerste belästigt und wir hätten zunächst die Armeeorganisation gar nicht, wir hätten die Armeeorganisation behalten, die den tapfersten Soldaten — das war der damalige Kriegsminister zur Olmützer Zeit — doch veranlaßten, mir, als ich als Abgeordneter und Landwehroffizier einberufen mich bei ihm meldete, zu sagen: „wir können uns garnicht schlagen, wir sind garnicht in der Lage, wir haben erst in 14 Tagen 70,000 Mann zwischen Oder und Elbe, wir können die Oesterreicher garnicht hindern Berlin zu besetzen, wir müssen mobilisiren in zwei getrennten Lagern, das eine in Königsberg, das andere in Koblenz, von da müssen wir unser Land und Hauptstadt wieder erobern; also ich muß Sie bitten, wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen haben, — Sie haben Urlaub von Ihrem Regiment — wiegen Sie ab, was Sie können, wir können mit der Landwehr heute nicht schlagen, wir haben die Kadres von 150,000 Mann in Baden stehen und haben Sie nicht zusammen. In derselben Verfassung wären wir militärisch bis heute geblieben, wenn es nach dem Parlament ging.“ Die zweite Folge, wenn der König nicht in der Lage gewesen wäre, seine eigene Politik durchzusetzen, sondern die parlamentarische, ministerielle, legendäre Politik, war, daß wir 1863 unter der Leitung des damaligen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Herrn Behrend aus Danzig für die polnische Insurrektion Partei nahmen gegen Rußland, daß wir die polnische Insurrektion ermutigten — ich erinnere Sie an den Antrag Donales aus Ostpreußen und dergleichen, ich habe das im Gedächtniß, die sogenannte Seeftlange (Heiterkeit) — kurz die königliche Politik war Rußland zu schonen für künftige Kriege, für große Zeiten. Die parlamentarische Politik war: mein Gott, da ist Ruß, da ist Aufstand, da ist Insurrektion, kurz und gut, da wird eine Regierung angegriffen, das erregt unsere Sympathie (Heiterkeit) und ohne weitere Ueberlegung wurde parlamentarisch Jeszcze Polska gesungen und damit vorwärts. Das war die Politik, die man dem König aufgezungen haben würde, wenn er nicht seine eigene befolgt hätte. Es würde weiter im Jahre 1864 in Bezug auf die Elbherzogthümer Preußen sich, wenn es damals nach der Mehrheit des Parlaments ging, in den Dienst der Frankfurter Majorität gestellt haben. Das war ja die damals im Abgeordnetenhaus populäre Politik. Wir wurden also im Dienst dieser Frankfurter Majorität wahrscheinlich eine Bundesexekution auf Grund der Bundesprotokolle mit preussischen Mitteln vollzogen haben. Lesen Sie doch die damaligen Verhandlungen, wie bin ich vilipendirt worden, weil es mir neben der Bundesexekution gelungen war, Oesterreich für gemeinsame Operationen zu gewinnen. Wir hätten also Oesterreich den Kauf aussagen, auf den gemeinschaftlichen Feldzug verzichten und dafür die Bundesexekution vollziehen müssen, um dann ein gutes Zeugniß des Bundespräsidiums zu erhalten und den Bund zu verewigen, nachdem wir für ihn gethan hatten, was wir konnten. Wir würden aber ohne Oesterreich viel wahrscheinlicher durch Europa, von dem europäischen Senatskonvent gemahregelt worden sein und uns bundesprotokollarisch gefügt haben; wir würden eben ein zweites Olmütz erlebt haben. Das wären die Folgen gewesen, wenn damals parlamentarische Politik und nicht königliche Politik getrieben wäre, wir würden dann wahrscheinlich, m. H., noch heute in der Eichenheimer Gasse feststehen, und wenn ich auch nicht mehr Bundestagsgesandter sein würde, so wäre ein anderer dort und würde meinen Instruktionen gemäß Exekutionen und Protokolle beschließen und Sie Alle wären hier gar nicht vorhanden. Statt dessen hat der König von Preußen an seiner eigenen Politik festgehalten und hat, trotzdem die königliche Minorität in der Kammer auf 11 Stimmen reduziert war, — es waren 11 Konservern — festgehalten an dem, was die Traditionen der preussischen Dynastie, die Traditionen seiner Vorfahren ihm als Politik, was sein deutsches Herz, sein deutsches Gefühl ihm als Ideal vorgezeichnet. Seine Majestät hat damals in den holländischen Sachen, als ich nicht rasch genug im deutschen, im nationalen Sinne vorgehen wollte, mir in einiger Erregung das Wort gesagt: Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher? So waren die Gefinnungen seiner Majestät in nationaler Richtung engagirt und so genau war die Politik, für deren Gelingen man der Arme danken kann, für deren Beginn und Durchführung aber der Dank bei mir an eine falsche Adresse gerichtet ist — er gebührt für die politische Konzeption einzig Sr. Majestät dem Könige (Beifall rechts) und dadurch, daß der König seine Minister gemacht hat, bis er ein Ministerium fand, welches bereit war, dem Könige den Willen zu thun und, was man sagt, flott mitzugeben, losgesagt von der Aengstlichkeit der drei Vorgänger, die ich im auswärtigen Dienst gehabt habe, eine nationale Politik auf die Spitze des Schwertes gestellt durchzuführen dadurch, daß der König eben seine ministerielle Hausmeierei sich bilden ließ, gestützt auf erdrückende Majoritäten, die der Krone entgegenstanden; und lesen Sie die Verhandlungen damals durch; noch heute lassen an Lebhaftigkeit die Redner nichts zu wünschen übrig, aber es ist doch seit 20 Jahren einiger Fortschritt in der Höflichkeit parlamentarischer Diskussion zu bemerken gegen damals. (Heiterkeit.) Nichtsdestoweniger hielt der König seine Politik fest, setzte sie durch und was wir haben, danken wir nicht der parlamentarischen, sondern der königlichen Aktion. Deshalb sollten wir die königliche Aktion, die lebendige Wechselbeziehung zwischen dem Könige und dem Volke, wie sie in Preußen immer gewesen ist und nie zum Schaden der Monarchie gerichtet hat, nicht anrühren. Der Vorredner hat keine preussischen Jugendeindrücke, wenn er glaubt, daß der direkte Verkehr mit dem Volke und seiner Vertretung dem Ansehen der Monarchie schaden könnte; unsere Monarchen gewinnen bei näherer Bekanntschaft (Beifall rechts), und je mehr sie heraustreten und mit dem Volk in engere Beziehungen treten, wie dies früher ohne jede ministerielle Vermittlung der Fall war, wie unser König um und nach 1847 bei den Vorlagen für den vereinigten Landtag, ohne verantwortliche Minister im konstitutionellen Sinne direkt der parlamentarischen Diskussion, die auch mitunter die Rohheit des Reulings hatte, gegenüberstehend, daß dem Königthum bei uns nichts geschadet, im Gegentheil, auf diesem Boden der Wechselbeziehungen zwischen Volk und König ist das Königthum so stark und so groß geworden, daß Sie (nach links) nicht in direkte Beziehung mit ihm zu kommen wünschen, sondern Sie wünschen das Königthum, durch einen Vorhang verdeckt. (Beifall rechts.) Aber wenn wir sehen, was das Königthum bei uns geleistet hat, so sollten wir uns doch bemühen, es zu fördern, zu pflegen, zu beleben und nicht dahin wirken, daß es gewissermaßen durch Nichtgebrauch obsolet wird. Nehmen Sie uns das, was können die Herren denn an dessen Stelle setzen? „Was kannst du armer Teufel geben?“ — womit ich aber Niemand in diesem Saale meine (Heiterkeit und Beifall rechts), wenn Sie uns diesen starken, in unserer hundertjährigen ruhmvollen Geschichte tiefwurzelnden König zerlegen, verderben, in ein Wolfenkeudelfei verflüchtigen wollen, so hoch, daß wir es gar nicht mehr erblicken. Sie bringen uns damit das Chaos und Sie haben, glaube ich, in Ihrem ganzen Vermögen nichts, was Sie an dessen Stelle setzen, wenn Sie dem Preußen die ausreichende hausbadene direkte persönliche Beziehung zum Königthum nehmen, und weil ich das weiß aus meinen eigenen Erlebnissen — ich bin alt genug, ich habe im Volke in allen Provinzen gelebt — weil ich das weiß aus der preussischen Geschichte und aus den Traditionen meiner Väter und meiner Verwandten, daß wir gar nichts haben an dessen Stelle, darum setze ich und trete ich ein mit meiner Unterschrift für den lebendigen König, der entschlossen ist, sein Recht zu vindiciren und welcher sagt: ich habe das Recht und lasse es mir nicht nehmen, durch seine Reden und falsche Auslegungen der Verfassung, durch seine Legenden, die sich an die

Verfassung knüpfen und die nicht darin stehen. (Beifall rechts.) Lassen Sie das Königthum durch Nichtgebrauch schwach werden, was sind dann die Vortheile davon? Ja, die Belagerung dieser kleinen Minister-Sitadelle wird allerdings wesentlich erleichtert, wenn dem Königthum die Verpflichtung auferlegt wird, stets incognito zu bleiben, es darf nicht genannt werden, es darf seinen Namen nicht laut nennen, es darf nur mit einer ministeriellen Maske vor Ihnen erscheinen — da ist jeder Angriff außerordentlich viel leichter. In solchem monarchisch gefärbten Volk wie das unsrige kann man bei den Wahlen das leicht erreichen, daß das Volk sich die Minister getrennt und isolirt von dem Könige denkt und dahinter den König, der zwar unterschrieben hat, weil er gerade keinen Ministerwechsel wollte, aber doch mit seinem Herzen, mit seiner Ueberzeugung, mit seinen Traditionen nicht bei der Sache ist. Wenn das geglaubt wird, so ist es sehr leicht dem Volke zu sagen: was hat das Volk an mir und meinen Kollegen, es sind unbekannte Leute! — man sieht auch recht gern einen Wechsel, 20 Jahre derselbe Minister ist sehr langweilig, aber sobald von dem Könige die Rede ist, müssen die Herren schon ganz andere Glacéhandschuhe anziehen, wenn sie die Regierung in dem Maße herunterreißen wollen, wie es geschehen ist. Die politische Brunnenvergiftung, möchte ich sagen, wie sie bei den Wahlen stattgefunden hat, ist gar nicht möglich, wenn alle die Verdächtigungen, deren die Regierung geziehen wird, nicht den unglücklichen Reichsfanzler, sondern den König von Preußen, den deutschen Kaiser treffen, da würde man ja gar nicht den Muth haben, diesen Unsin in die Welt zu schicken. Auch der Beamtenneid fällt ja dem Minister gegenüber gar nicht ins Gewicht — ich komme nachher auf die Sache und finde mich da zu meiner Freude mit dem Herrn Vorredner fast wesentlich einverstanden; er hat auch so viel gouvernementales Gefühl für zukünftige Möglichkeiten, daß er so ganz die Sache des Erlases nicht wegwerfen will, und ich habe einzelne Aeußerungen von liberalen Abgeordneten gehört, daß sie für den Fall, daß ihnen angeschlossen würde, ein Ministerium anzunehmen, doch in einer für die Beamten erschreckenden Weise aufträumen würden, sie würden so gelinde, so milde, wie wir jetzt von der Dispositionsbefugnis ganz sicher nicht Gebrauch machen, und sie würden wohl daran thun, den wir sind darin bisher viel zu milde gewesen. Ich komme auf den Vorwurf, den auch der Herr Vorredner wiederholt heute ausgesprochen hat und der in allen Zeitungsblättern toto die zu lesen ist, als ob die Minister, wenn sie den Namen des Königs nennen, damit einen Akt niedriger Feigheit begingen, indem sie sich mit dem Könige als einem Schilde gegen die Angriffe des Parlaments decken wollten. So gefährlich sind Ihre Angriffe nicht, bilden Sie sich doch nicht ein, daß die Minister dafür eine andere Deckung brauchen, als die der eigenen Brust. Da überschätzen Sie sich, wenn Sie meinen, daß ich gegenüber einer Parlamentsrede, wie ich sie tausende in meinem Leben gehört habe, meine Ehrerbietung vor dem Könige, meine, ich hätte fast gesagt soldatische — meine Pflicht eines Unterthanen auch nur einen Augenblick vergessen hätte, um mich Ihnen gegenüber zu decken. Jemand, der das sagt, muß die Geschichte der letzten 20 Jahre gar nicht gelesen haben. (Sehr richtig! rechts.) Habe ich nicht seit 1862 kämpfend auf der Bresche gestanden? Habe ich das Königthum nicht gedeckt, nicht bloß mit meinen körperlichen, sondern auch mit meinen geistigen Leistungen, die ich zur Verfügung habe? Aber im Jahre 1862, wie sah denn da die Situation aus? Da waren sehr Wenige, die bereit waren, diese Deckung des Königthums, die ich damals leistete, zu übernehmen. Lesen Sie die Zeitungen Ihrer eigenen Partei, da werden Sie finden, daß die Wohlwollenden von mir damals sprachen, als von einem Stafford oder Poincaré, die gemeineren Blätter aber von Wölfe frempeln im Zuchthaus, was mein natürliches und berechtigtes Gede sein würde. Ich selbst habe mindestens geglaubt, daß man mir unter Umständen, wenn Gegner an's Ruder kämen, einen Prozeß machen würde, der mein Vermögen ruiniren würde, und hatte für meine Kinder damals in Sicherheit gebracht, was ich von meinem Vermögen in Sicherheit bringen konnte. (Heiterkeit.) Als *bonus paterfamilias* werden Sie mir das nicht verargen. Ich führe das nur an, um zu beweisen, was es damals hieß, auf die Bresche zu treten: auf der einen Seite Stafford's Schaffot, auf der anderen Zuchthaus, auf der dritten Vermögenskonfiskation, — ich weiß nicht, wie viel Millionen ich hätte herauszahlen müssen, und es waren damals sehr wenig Leute geneigt, mit mir dieses Risiko zu übernehmen. Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken, dann sollten Sie mir doch nicht solche Vorwürfe ins Gesicht werfen, als wenn je eine Feigheit im Dienste meines Herrn für meine Handlungen maßgebend gewesen wäre, die Unwahrheit, die Ungerechtigkeit muß Ihnen doch die Nothe auf die Stirn treiben, wenn Sie mir das ins Gesicht werfen. (Beifall rechts. Oh! Oh! links.) Ich möchte wissen, was haben denn die Herren ihrerseits für Beweise von Muth gegeben? Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, die Sie zu nichts verbanden und jemand, der zwanzig Jahre lang für das Königthum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er decke sich mit dem König! (Sehr gut! rechts. Große Unruhe links. Der Herr Reichsfanzler spricht in ungewöhnlicher Erregung, in der er seinen Platz am Tische des Bundesrathes verläßt und bis zur Tribüne vortritt, von der aus er die vor ihm stehende Fortschrittspartei apostrophirt.) Ich hoffe, den Vorwurf nicht wiederzuhören (Widerpruch links), die Herren scheinen ihn wiederholen zu wollen. Kommen Sie doch heraus, nennen Sie sich doch, wenn Sie den Vorwurf der Feigheit wieder aufnehmen wollen. (Auf links: den Vorwurf hat Niemand gemacht!) Also dann sind Sie ja mit mir einverstanden, daß das ein unwahrer Vorwurf ist, den Sie mir gemacht haben. (Große Unruhe. Die Herren haben mich unterbrochen und mich angegriffen in dem Augenblick, wo ich sagte, der Vorwurf der Feigheit trifft mich nicht. (Auf links: Den Vorwurf hat Niemand gemacht, das ist Erfindung!)) Was fesselt mich denn überhaupt noch an diesen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Diensttreue und des Vertreters des Königs und der königlichen Rechte ist? Viel Vergnügen ist dabei nicht. Ich habe in früheren Zeiten meinen Dienst mit Passion und mit Hoffnungen gethan; die Hoffnungen haben sich zum großen Theil nicht verwirklicht. Ich war damals gesund, ich bin jetzt krank; ich war jung, ich bin jetzt alt — und was hält mich hier? Ist es denn ein Vergnügen, hier zu stehen wie der „Auff“ (Uhu) vor der Kränzenbütte, nach dem die Vögel stoßen und stechen und man außer Stande ist, sich frei zu wehren, sich ganz persönlichen Insulten und Verhöhnungen auszuliefern, die in verfaulenden zweistündigen Neben eingeflochten sind, gegen unartikulirte Unterbrechungen sich zu verteidigen? Ein Vergnügen ist das wahrhaftig nicht. Wenn ich im Dienste des Königs nicht wäre und wenn mich der König heute in Gnaden entlassen würde, so würde ich von Ihnen mit Vergnügen und auf Rimmerwiedersehen Abschied nehmen. Wir haben, wie ich schon erwähnte, vor der Verfassung und seitdem die Erfahrung gemacht, wie merkwürdig das Königthum bei uns wirkt. Und wirklich, wenn wir auf die Zukunft anderer Länder in Europa rund um uns blicken, sollten wir alles, was bei uns nicht und nagelstift ist, was feststeht, was wie eine Burg aussieht, das sollten wir doch schonen und pflegen. Und also lassen Sie dem König doch seinen werdenden Charakter, gönnen Sie ihm doch, daß er aus dem ministeriellen Incognito heraustritt und direkt zu dem Volke spricht. Im Elfaß machen wir wenig Fortschritte — zu meinem Bedauern — aus dem Grunde, weil wir uns nicht an die Pariser und nicht an die früheren Franzosen wenden. Das sind zwei Nationen, die in ganz Frankreich getrennt leben. Die Pariser im Elfaß werden wir nie gewinnen, die Bevölkerung werden wir gewinnen. Aber was hat denn am meisten dort bisher gewonnen und gewonnen? Nicht dem Militärdienst die Persönlichkeit des Kaisers. Wenn Sie diesen Kaiser inquisiren, so hoch über die Wolken, daß ihn kein Mensch sieht, wären solche Erfolge gar nicht möglich, kein Minister kann das; ich führe das nur an als Beleg für meine

Politik, daß die richtig ist, wenn sie dahin geht, Alles, was wir Aktives und an Realitäten haben, das sollten wir schonen, pflegen und verwerten, aber nicht ziellos zurückschieben auf Nichtgebrauch und durch Nichtgebrauch werthlos werden lassen. Und so ist für Preußen das monarchische Prinzip und das Königthum das werthvollste. Wenn auch in der Verfassung etwas Anderes stünde, als diese ganz klaren und der freien Thätigkeit des Königs günstigen Bestimmungen, so würden die artikulirten Bestimmungen eines Staatsgrundgesetzes doch allein nicht entscheidend sein für das Maß, was jedesmal ein Parlament, ein König, ein Minister an Gewicht läßt. Es liegt zwar in der Tradition der Zeit, anzunehmen, daß alle Personen gleich schwer wiegen, ein Wähler ist ein Wähler und eine Stimme ist eine Stimme; sie wird voll gezählt, ein Unterschied ist nicht. Aber das ist auch wieder eine von den Legenden und den Fiktionen. Es macht einen ganz außerordentlichen Unterschied, ob Sie an der Spitze eines Staates einen König wie Friedrich den Großen oder auch nur Friedrich Wilhelm I. haben oder ob Sie — ich will Niemanden nennen — einen König an der Spitze haben, der seinerseits weniger begabt ist, als die meisten Regenten aus unserem Hause gewesen sind. Es macht ferner einen gewaltigen Unterschied, was für ein Parlament sie haben; wenn Sie ein Parlament haben, was eine fest gesicherte Majorität hätte, homogen organisiert, unter einer Führung, wie sie in England die beiden Pitt oder Canning oder selbst noch Palmerston, Peel geleistet haben — ja, das ist ein Scherzgewicht, eine Masse, wo schon ein sehr starker König wie Wilhelm von Oranien, ein sehr geschickter König wie Leopold I. von Belgien gegenüber stehen kann und doch nur mit Mühe seinen Willen zur Geltung bringt; aber er bringt ihn auch zur Geltung. Immerhin wird ein solches Parlament eine gewaltige Macht sein, welche unter Umständen das Oberhaus und die Krone auf einen sehr kleinen Raum und geringe Bewegung beschränkt. Wenn wir das haben, dann kommen Sie wieder, dann wollen wir einmal über die Sache sprechen. Aber ein Parlament, welches aus einer erheblichen Anzahl Fraktionen, acht bis zehn, besteht, welches keine konstante Majorität, keine einheitliche anerkannte Führung hat, das sollte froh sein, wenn neben ihm der Ballast einer königlichen Regierung, eines königlichen Willens im Staatsschiffe besteht. Wenn das nicht der Fall wäre, so würde eben alles zu Grunde gehen, das Chaos eintreten. Ich komme auf den zweiten Theil des Erlases, wie der Herr Vorredner ihn nannte, was die Beamten anlangt. Auch diese Frage würde, wie ich schon sagte, sehr viel einfacher liegen, wenn man nicht die Figur des Königs aus der Bildsäule zu verdrängen bemüht wäre und ihr die Fiktion unterzuschieben, als wenn das Ministerium Bismarck-Puttammer z. einz. die Regierung von Preußen führe, eine unwahre Fiktion, diese Legende, die darauf berechnet ist, die königliche Gewalt abzuschwächen, — vielleicht nicht mit der weiteren Aussicht berechnete, aber sie hat diese Wirkung. Wenn das nicht wäre, wenn die Beamten sich immer bewußt wären, daß sie dem Könige gegenüberstehen, dem sie den Eid geschworen haben, wenn sie sich klar machen, daß der König, dem sie den Eid der Treue und des Gehorsams geleistet haben, an der Spitze der Politik steht, dann würde auch deren Haltung manchmal eine andere sein. Der König hat den Eindruck gehabt, daß er den Beamten gegenüber zu sehr in den Hintergrund, sozusagen, in das Hintertreffen geschoben wird, und hat das Bedürfnis gefühlt, den Beamten den Eid, den sie geleistet haben, in Erinnerung zu bringen. Hat Er dazu nicht das Recht? Er thut das in der schonendsten Weise, so daß selbst dem Herrn Vorredner eigentlich ein Objekt seines Zornes mangelte. Er sagte, es sei das unklar gesagt, und wahrscheinlich seien dabei zwei Fäden thätig gewesen, wobei er mir vielleicht den unklaren Theil zuschreibt, oder den klaren, ich weiß es nicht. Aber soviel kann ich sagen, der ganze Erlaß ist vom ersten bis zum letzten Buchstaben aus einem Gusse nach dem Willen des Königs. Die Ansprüche, die der König den Beamten gegenüber stellt, gehen nicht zu weit und durchaus nicht so weit, wie in dem Eulenburg'schen Erlasse vom Jahre 1863. Ich weiß nicht, ob ich den, so wie er da steht, gegengezeichnet haben würde. Damals im heißporigen Kampfe, wenn er möglich, heutzutage nicht, er geht mir zu weit. Daß ein Beamter in seiner eignen Wahl sich seines Eides erinnern sollte, das wird gar nicht verlangt; seine eigene Wahl, die Ausübung seines Wahlrechtes ist vollständig frei (Hört! hört! links), sie wird nicht berührt, sondern es ist ja ausdrücklich im Erlaß gesagt: „Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen“. Der Erlaß bezieht sich ja — und ich begreife nicht, wie der Herr Vorredner darin Klarheit vermissen konnte — der Erlaß ist ihm vielleicht nicht übel, nicht böse genug, aber klar ist er vollständig. — Der Erlaß wendet sich ausdrücklich an die Art der Beamten, außerhalb der eigentlichen Wahl thätig zu sein, und unterscheidet da zwischen zwei Kategorien der Beamten, den politischen und den unpolitischen. Beiden soll die Freiheit, zu wählen wie sie wollen, gar nicht beschränkt werden. Aber von den politischen Beamten spricht Seine Majestät die Meinung aus, daß ihr Eid der Treue sie verpflichtet: „die Politik meiner Regierung zu vertreten“, nachdem vorher gesagt ist in Bezug auf die Minister, daß „gegen Zweifel, Verdunkelung und Entstellung die Vertretung der königlichen Rechte erwartet wird.“ Der Herr Vorredner fragte, was unter dieser „Vertretung“ verstanden würde. Da ich den Erlaß gegengezeichnet habe, so wird meine Auslegung auch wohl die authentische sein. Ich verstehe darunter, daß ein politischer Beamter bei aller Freiheit der Wahl, wenn er z. B. fortschrittlich wählen wollte, doch der Verpflichtung nicht überhoben wäre, Lügen, was ich vorhin politische Brunnenvergiftung nannte, zu widerlegen nach seinem besten Gewissen; und wenn es ein Mann von Ehre ist und von Gewissen, so wird er das wahrscheinlich thun und sagen: ich gehöre nicht zu der Partei der Regierung, ich bin gegen sie, aber das ist nicht wahr, das ist eine Uebertreibung. Das ist es, was ich von einem politischen Beamten erwarte, und wenn er das nicht einmal leistet, daß er einer notorischen Lüge und Entstellung, wie sie bei den Wahlen so oft vorkommt, entgegentritt, daß er der Wahrheit nicht die Ehre giebt, daß er die Intentionen der Regierung nicht gegen Entstellung, Irrthum und Verleumdung schützt, wenn sie ihm besser bekannt sind, — also ein Oberpräsident z. B., der in dieser Beziehung fehlte, der wäre viel zu lang Oberpräsident gewesen, der sich nicht angelegen sein ließe, dergleichen Verleumdungen der Regierung zu widerlegen, er mag in seinem Herzen und in seinem verdeckten Stimmzettel sein Votum geben, für wen er will, danach wird nicht gefragt, das erfahren wir auch nicht; denn ein Mann von Bildung wird immer so geschickt sein, das zu verbergen. Das wird also niemals ein Grund sein, nämlich die Ausübung des eigenen Wahlrechtes, gegen einen Beamten einzuschreiten. Man würde sich schon geniren, ihm zu sagen, daß das der Grund sei und ich würde da u. u. die Hand bieten. Aber von diesen politischen Beamten wird erwartet, daß sie die Wahrheit, soweit sie ihnen bekannt ist, der Unwahrheit gegenüber vertreten. Ist das zu viel? Sollten sie sich der Lüge mitschuldig machen, indem sie dazu schweigen, wenn sie es besser wissen? Sollen sie in bestimmten Wahlfreien zusehen ganz ruhig, wie den Anwohnern der königlichen Forsten gesagt wird, der König habe mit den liberalen Abgeordneten einen Vertrag geschlossen, wonach Ihr freie Weide in der Forst bekommt, wenn Ihr liberal wählt? Soll der Beamte dieß ruhig anhören und nicht sagen: Kinder, das ist eine Lüge! Meine Herren, das Gegenheil ist doch gewiß nicht zu viel verlangt und von den unpolitischen Beamten verlangt eigentlich Seine Majestät nichts. Der Erlaß erwartet, daß sie sich der Agitation gegen die Regierung des Königs auch bei den Wahlen enthalten werden. Meine Herren, das ist eine Forderung, ich möchte sagen des Anstandes. Der Erlaß schreibt ja nicht vor, er befiehlt nicht, er droht nicht, er stellt keine Nachtheile in Aussicht, er sagt bloß, welche Tragweite der König, dem sie geschworen haben, dem Eide beilegt, er bringt diesen Eid in Erinnerung und überläßt es nun dem Takte und Gewissen des betheiligten Beamten, seinen Weg danach zu finden. Wenn z. B. ein solcher Beamter, königlicher

oder kaiserlicher Beamter, einen Arbeiter, der zur Wahl geht, anhält und sagt: was hast du für einen Zettel, und er findet, daß der Zettel für einen regierungsfreundlichen Kandidaten ist, er reißt ihm denselben aus der Hand und giebt ihm einen entgegengesetzten und bedroht ihn mit Unnade, wenn er nicht diesen abgibt; m. H.! das ist doch eine verwerfliche Agitation gegen die Regierung. (Rufe: Wo?) Ich werde sehr gern bereit sein, die Namen, der Ort und die Zeugen seiner Zeit zu nennen, denn ich habe gegen einen solchen Beamten die Disziplinaruntersuchung angeordnet. M. H.! Etwas Weiteres als Enthaltung von Agitation wird nicht einmal erwartet von den Beamten, namentlich aber keine Amtshandlungen, die beeinflusst werden könnten durch die Art, wie ein Dritter seine Stimme abgegeben hat, oder die einen Zwang irgendwie zur Wahl enthalten. Meine Herren, ein solcher Beamter würde strafbar werden, und ich glaube, nicht bloß disziplinarisch, und wenn der Herr Vorredner sagte, er finde zwischen diesem Erlaß und meinen früheren Aeußerungen einen „diametralen“ Widerspruch, so kann ich doch bei seiner sonstigen Schärfe in der Logik ihm darin nicht recht nachkommen. Er bezieht sich vermuthlich darauf, daß ich mich beschwerte, daß ein herzoglich sächsisch-meiningischer Landrath eine Einwirkung auf die Wahlen im Herzogthum Meiningen ausgeübt und seine amtliche Autorität gegen die Regierung ins Gewicht geworfen hat. Meine Herren, das war gerade eine solche feindliche Agitation gegen seine ihm vorgesezte herzoglich-meiningische Regierung, die ihrerseits mit den Gesetzen und der Politik, die vom Reiche betrieben und von Seiner Hoheit dem Herzog von Meiningen mit beschlossen war, vollständig einverstanden war. Ich bin also der Meinung, daß ein solcher politischer Beamter, der in Meiningen, wie ich damals hörte, fehlerhafterweise nicht abziehbar ist (Heiterkeit links) — über solche Kleinigkeiten können Sie immer lachen, über Meiningen reicht der Fehler nicht hinaus — wenn ein Beamter in seiner Stellung gegen seine eigene Regierung, gegen die Reichsregierung, gegen die von seiner Regierung gebilligte Reichspolitik seine amtliche Autorität in die Waagschale legt — ich weiß nicht, ob er gelobt worden wäre, wenn er für die Regierung etwas gethan hätte, aber dagegen, daß fällt unter den Erlaß, wenn es in Preußen vorkommt und wird jedenfalls danach gehandelt werden. Ich kann mich also dahin resumiren, daß Seine Majestät der König vollständig berechtigt war, nach der Verfassung und nach den preussischen Gesetzen, sich in der Weise wie geschehen, zu äußern, daß ich vollständig im Stande bin, die Verantwortlichkeit, die ich durch die Kontratsignatur übernommen habe, der Verfassung und dem Gesetze gegenüber zu tragen, daß ich als Reichsfanzler ebenso berechtigt war, den Reichsbeamten das mitzutheilen, was ich für sie von Interesse oder Nutzen zu lesen halte. Sie haben keine Weisung bekommen, irgend etwas zu thun. Ich habe es bloß für zweckmäßig gehalten, daß sie wissen, wie ihr Kaiser, dem sie ihrerseits Treue und Gehorsam geschworen haben, als König von Preußen über die Tragweite eines solchen Eides denkt. Ist der eine oder der andere darunter feinfühlig genug, um sich zu sagen: ist es eigentlich, wenn ich so evident mit der Agitation heraustrete, daß ich einem Arbeiter seine Zettel wegnehme und ihm andere gebe, ihn bedrohe, ist das eigentlich mit meinem Eide ganz übereinstimmend? Das Nachdenken darüber hat Seine Majestät anregen wollen, kein Befehl, keine Drohung ist da. Die Verfassung also ist klar; Sie haben selbst nichts beibringen können, was dem widerwärtig, und ich habe hier als preussischer Bevollmächtigter im Namen des Königs zu erklären, daß Seine Majestät der König sich seine verfassungsmäßigen Rechte weder nehmen noch verkümmern, noch sich selbst so hoch in die Wolken schrauben läßt, daß er sie nicht ausüben könnte, sondern daß der König entschlossen ist, in dem durch seine Vorfahren übernommenen und gewohnten, durch die Regentenpflicht ihm vorgeschriebenen Wechselverehr mit seinem Volke zu bleiben und daß ich als Minister entschlossen bin, dem Könige auch dabei kämpfend zu dienen, aber als Diener und nicht als Vormund. (Beifall rechts.)

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 165. kgl. preuss. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.) (Ohne Gewähr.)

Berlin, 24. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

9 47 48 (600)	116 41 45 65 97	391 96 98 451	527 55 (300)
73 816 82 83 959	1045 72 90 169	(300) 206 33 81 85 99	370
86 405 40 60 75 77 79 81	584 633 57 718 34 49 95	865 79 92 (6000)	903 50 82 (15,000) 83.
2156 89 (600)	260 (600) 71 466 (1500)	522 28 53 78 622 51 94	718 62 (3000) 72 823 57 61 79
948. 3006 (300) 99 143 46 50 (300)	287 369 80 485 (600) 524	72 691 949 50 66 94.	4024 26 123 47 95 220 65 349 51 93
(300) 428 526 648 703 (600)	6 28 91 92 803 43 94 901 34 97.	5052 68 80 182 250 69 73	318 86 (300) 487 (300) 546 69 705
46 (600) 53 (300) 803 953 63 72 89.	6001 39 50 51 59 68 212	28 66 309 50 72 (300)	504 601 34 (300) 82 86 91 707 18 19 45
49 (600) 820 (1500) 74 975 93.	7096 110 258 337 78 402 523	42 642 44 58 65 762 863 72	947 48 50 60 8105 16 (600) 25
54 287 99 402 551 (300)	604 14 35 39 54 (300)	806 (3000) 22	25 (1500) 37 932 9060 78 101 35 (600) 380 408 (600) 56 (3000)
89 619 57 705 37 801 70.	10019 169 71 242 377 448 51 570	629 58 88 96 721	(300) 50 64 892 922 34 59 (600).
11001 35 261 323 45 403	62 500 11 620 (600) 708 46 66 838 41 44 69 93	907. 12286	99 314 22 498 549 51 609 62 69 72 716 (300) 919 27 84.
13962 93 173 89 293 96 312 436 44 45 556	600 44 68 753	803 13 (600) 33 41 66 77 924 39 74 82.	14058 118 28 214 35
382 422 30 82 569 728 33 53 82 83.	15012 23 32 79 174 98	321 25 55 420 (6000) 593 (300)	615 56 730 45 806 93 (600)
908 19 22 77. 16008 10 65 91	112 82 85 88 231 88.	452 548	87 94 780 93 801 49 903 40.
17052 54 71 94 107 31 99 (300)	223 42 (300) 305 466 83 531	77 678 (300) 726 31 63 66 97	822 933 45 48 (1500) 81 82.
18003 5 57 73 81 92 116 19 78	281 360 (300) 468 (300) 557 85 643 65 67 (300)	731 (600) 54	99 902. 19029 78 87 175 99 203 53 346 (300) 66 81 410 549
609 75 (600) 78 827 35 52 83	911 (600) 25 35 (300) 79.	20004 57 69 84 139 46 65 98 (3000)	99 345 51 (1500) 90
420 33 92 698 728 31 46 48 837 78 (300)	985 (600).	21027	194 208 55 333 416 28 563 612 78 86 713 (300) 67 81 915
(300) 41 92 (600).	22216 46 374 81 447 665 765 92 93 812	21 (3000) 971 (1500).	23038 63 65 97 113 14 65 88 235 303
25 (300) 55 98 456 (300) 60 73 (450,000)	575 82 606 33 35 (300)	42 704 80 846 (300) 59 942.	24136 39 (600) 90 257 79 330
(300) 41 439 56 65 (600) 507 21 27 39 48 (300)	612 45 757	834 77 904 40 (300) 50 72 90.	25019 25 57 147 92 256 98
324 91 98 436 500 (1500) 8 34 37 44 63 94	664 (600) 748 91	818 26 77 900 39 (300).	26026 31 183 (300) 86 221 41 301
433 58 87 505 8 69 76 81 628 35 92 738 818 939 (300) 49.	27064 98 (600) 125 218 61 (1500)	314 441 59 574 758 806	32 935 52. 28057 229 456 (300) 85 527 53 (3000) 88 600 28
98 720 831 39 902 35 39 82.	29011 60 87 97 240 315 74	445 81 546 93 828 40 48 91 964 65.	34036 76 125 281 (1500) 301 24 (300) 44 402 28 (300) 76
506 40 74 76 702 44 45 93 837 925 31 54.	31050 53 (3000) 63	138 210 53 76 417 30 (1500)	508 71 99 685 853 955 99.

32006	86	116	(300)	216	56	59	81	96	308	443	63	(300)	575
630	67	84	748	(1500)	68	858	80	(600)	84	934	(3000)	94	33066
(300)	96	181	33	69	92	(300)	205	9	324	36	64	405	(3000)
607	(1500)	39	(300)	62	721	65	816	917	40	(15,000)	47	93	34020
29	81	86	94	138	253	96	328	405	89	521	60	(600)	641
(300)	72	82	902	9	37	46	35040	62	75	109	230	40	44
65	77	472	(1500)	91	92	(300)	96	626	804	65	932	33	96
36156	(300)	62	66	432	92	547	(300)	68	71	626	(3000)	49	72
703	30	855	62	86	(300)	938	59	(300)	61	95	37033	(600)	49
54	(300)	57	71	(1500)	72	196	284	351	439	510	28	39	73
74	813	72	(600)	80	(600)	930	38026	29	31	33	52	169	237
(6000)	87	99	352	(3000)	86	(600)	87	413	22	60	533	631	(300)
67	86	91	723	34	820	78	999	39120	35	(3000)	248	56	90
401	22	45	67	78	527	74	83	(1500)	97	625	(300)	37	(600)
715	25	(600)	802	61	953								
40036	109	20	92	214	328	428	57	502	3	(600)	19	(300)	
24	658	76	736	(300)	86	(300)	804	11	32	61	80	949	57
41016	21	40	63	127	211	59	73	82	93	(600)	334	(1500)	44
91	463	548	55	71	(300)	91	720	25	51	68	866	(600)	938
90	(300)	42007	23	(300)	37	39	107	236	39	67	68	316	79
85	89	(300)	642	(300)	68	744	935	43027	43	(300)	86	90	(300)
103	9	16	22	52	74	204	43	74	(300)	94	(300)	319	71
433	58	(300)	653	67	811	26	97	(3000)	908	17	20	(300)	28
44029	91	134	92	403	80	503	9	15	75	666	98	728	38
(300)	956	80	45081	95	138	285	92	329	47	92	458	99	521
28	47	87	92	600	(1500)	86	784	817	22	35	914	25	(300)
38	44	(600)	54	115	(3000)	43	67	72	(1500)	234	36	58	300
464	549	637	746	95	836	904	(3000)	88	(300)	55	47003	9	16
25	33	(300)	62	114	17	39	66	(3000)	83	98	252	75	583
716	24	(600)	66	96	48010	62	76	(300)	126	(3000)	51	66	207
(1500)	72	73	92	342	68	73	445	88	(300)	503	13	27	882
736	811	14	31	921	29	49020	61	64	76	92	122	288	329
426	80	646	772	815	85	922							
50110	61	71	86	222	70	93	306	428	36	45	50	51	587
84	85	715	71	804	30	51	(300)	56	79	940	50	74	51012
41	108	(6000)	84	402	(300)	47	54	(600)	620	(1500)	26	86	961
78	79	52015	39	43	180	97	248	93	97	332	(600)	418	69
531	34	51	680	91	(300)	769	903	16	59	(300)	78	53021	120
29	86	202	92	455	83	500	739	69	900	54034	62	69	79
367	466	524	39	(600)	619	(3000)	40	775	818	(600)	916		
55059	102	28	58	68	228	39	89	300	68	99	(600)	521	(300)
627	(1500)	50	847	94	901	9	56102	63	289	303	56	434	(1500)

56	74	521	602	77	739	989	(300)	57011	49	416	79	568	(600)
636	60	709	12	54	97	801	(600)	26	36	52	72	915	58043
113	78	256	63	64	328	40	41	(300)	63	415	20	31	43
632	(300)	70	84	711	24	88	908	50	77	59012	25	56	113
278	80	332	458	83	533	640	729	965	82				
60051	54	93	115	215	86	311	57	75	468	92	98	544	96
603	(3000)	31	39	84	86	773	76	99	(300)	965	78	61005	60
237	94	300	(600)	493	(1500)	509	29	656	722	800	72	(600)	104
(300)	969	75	77	62016	20	34	48	99	223	30	511	21	56
626	34	(6000)	52	75	81	97	789	(300)	820	(600)	948	66	81
63007	110	57	(600)	91	200	73	96	351	81	402	13	35	66
85	93	611	46	(300)	88	(600)	729	(3000)	84	865	74	98	(300)
30	76	91	(300)	64015	59	73	81	104	21	71	305	37	58
67	79	81	418	(3000)	509	59	637	66	702	7	97	906	65014
90	102	4	52	98	(300)	332	42	415	16	19	(600)	524	71
94	637	39	744	840	44	58	67	94	916	66023	35	88	108
210	(600)	333	83	89	94	403	508	81	600	(600)	28	(600)	35
54	81	706	54	(600)	90	811	(300)	18	46	(1500)	94	(300)	900
59	67009	99	131	(600)	52	201	379	461	78	520	82	90	(300)
612	48	79	96	729	(300)	98	844	981	99	68105	14	18	308
49	470	72	87	(1500)	88	542	59	(600)	651	(1500)	739	911	915
(15000)	52	69014	31	(600)	37	93	180	290	387	89	443	98	504
79	94	632	837	48	929	51	91	93	(300)				
70007	44	75	93	104	77	(300)	223	56	(300)	334	43	63	422
27	43	55	502	21	61	(600)	628	(300)	75	(600)	98	819	87
14	71	71047	361	433	95	(300)	500	22	41	(300)	68	71	629
722	41	69	95	806	51	949	60	(300)	83	72054	67	75	87
220	23	53	65	78	428	97	506	37	86	638	(300)	832	77
85	73008	(3000)	24	(300)	49	(300)	62	99	100	235	405	48	517
69	85	600	19	710	36	88	848	55	86	943	(1500)	50	57
93	96	(300)	260	95	325	30	(3000)	67	77	(300)	469	86	97
52	98	607	(300)	56	61	733	95	(1500)	804	978	75077	98	120
32	777	83	(1500)	99	334	88	481	87	542	70	72	86	98
81	718	30	66	855	956	76015	(600)	48	121	24	58	85	230
93	347	(1500)	66	75	445	555	60	711	41	61	79	846	76
(300)	77086	99	118	37	84	87	(3000)	249	64	(300)	66	74	96
351	70	402	56	624	82	(1500)	714	20	809	65	91	(3000)	927
69	78005	52	53	66	146	293	368	463	(300)	83	504	61	638
781	88	822	35	(600)	911	47	79030	47	53	68	146	54	84
94	(300)	332	87	495	696	707	843	915	25				
80064	(600)	124	52	77	85	231	78	312	(300)	22	73	421	30
35	51	(300)	56	0	(3000)	566	85	669	733	44	61	62	(300)

79	83	924	(15,000)	81065	77	(300)	207	25	79	85	428	50	544
(1500)	67	68	600	49	60	(3000)	88	90	717	76	91	834	86
(300)	952	87	82031	(600)	34	49	86	169	255	(3000)	58	74	75
(1500)	86	371	90	483	512	38	43	72	610	(300)	18	36	42
54	61	718	810	(300)	65	(3000)	88	922	33	63	(300)	67	80
103	70	240	411	574	621	23	(600)	732	856	84031	145	95	
217	23	30	49	90	419	30	31	60	602	13	57	67	717
935	(3000)	82	(600)	91	85009	45	(300)	65	75	(300)	80	98	119
(300)	35	60	210	42	325	78	79	402	87	(3000)	673	714	87
48	73	917	(1500)	19	(1500)	28	86091	(300)	148	236	68	313	68
85	87	99	434	62	68	85	(600)	89	92	(300)	515	(600)	633
(1500)	74	718	823	47	(1500)	81	924	87073	(3000)	123	271		
319	70	(300)	449	511	89	(300)	615	54	(300)	733	65	819	(300)
23	81	906	19	67	76	86	98	(300)	88038	65	(3000)	169	320
456	60	74	85	686	904	67	84	89	99	89011	54	63	97
209	30	33	48	63	86	389	511	635	43	(300)	758	95	(600)
43	49	88											
90021	(300)	26	92	124	38	98	212	19	325	80	96	411	(1500)
85	599	615	57	(1500)	702	45	53	880	81	92	91044	57	128
220	66	86	414	59	87	543	640	81	85	766	815	76	986
(600)	60	67	343	57	60	468	813	17	921	66	93003	19	44
21	53	89	90	226	33	62	90	321	68	(300)	419	31	(300)
(600)	617	22	69	860	78	919	91	94074	133	240	86	93	(600)
300	15	52	463	86	532	37	42	(300)	631	704	62	848	(300)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m Seeshöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
24. Nachm. 2	770,8	W schwach	bedeckt	+1,3
24. Abnds. 10	771,5	W mäßig	bedeckt	+0,9
25. Morgs. 6	771,6	W mäßig	bedeckt	+0,7
= 24.	Wärme-Maximum + 2°1 Cel.			
= 24.	Wärme-Minimum — 0°6 =			